

Informationsbulletin



Bild: Foto der Kampagne des Vereins Züri City Card

Solidarische oder inklusive Stadt

Nach unzähligen Beispielen in den USA und Kanada formieren sich auch in Europa Städteinitiativen, die – auf die Gemeindeautonomie pochend – eine Alternative zur repressiven Migrationspolitik auf ihrem Gebiet einfordern.

«Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Nationalstaaten. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein.» Dieses Zitat von Benjamin Barber, einem früheren Berater von Bill Clinton weist auf eine gegenwärtige Entwicklung hin, in der Städte stärker als politische Akteure in Erscheinung treten und sich zu gemeinsamen Themen – auch transnational – zusammenschliessen.

Mit der sogenannten Munizipalismusdebatte, wird versucht, der lokalen politischen Ebene mehr Gewicht zu verleihen.

«Die Bewegung des Neuen Munizipalismus basiert auf der Überzeugung, dass im lokalen Alltag verankerte Politik wesentlich zu einer Demokratisierung beiträgt» so Philippe Koch in seinem Artikel über das emanzipatorische Potenzial der Gemeindeautonomie (erschieden in der Zeitschrift Widerspruch Nr. 71). Die Gemeindeautonomie ist als Prinzip in der Schweiz tief verankert. Allerdings müsse sich die lokale Politik in der Schweiz teilweise aus der staatlichen Umklammerung lösen, sowohl strategisch wie auch praktisch. «Erfahrung

»» Editorial

1

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es ist genau ein Jahr her, dass wir zusammen mit dem damals frisch gegründeten Verein Züri City Card die Bekenntnis-karte für eine solidarische Stadtbürger*in-nenschaft lanciert und an unzähligen Anlässen unter die Leute gebracht haben. Während dieses Jahres wurde die Idee Züri City Card vor und hinter den Kulissen heiss diskutiert und erörtert. Letzten Juli haben die Gemeinderatsfraktionen der AL, Grünen und SP eine Motion eingereicht, in der eine «kreditschaffende Vor-lage» für einen Ausweis für alle Stadtbürger*innen verlangt wird. Zeitgleich hat der Verein Züri City Card eine Petition lanciert, um mit Hilfe der Öffentlichkeit der Forderung «Eine Stadt – ein Ausweis für alle» mehr Nachdruck zu verleihen. Wir sind gespannt, wie das Stadtparlament Ende August auf die Motion antworten wird. Indes sind wir sehr glücklich darüber, dass die Züri City Card keine Vision mehr ist, sondern ein konkretes, politisches Projekt. Noch «schlummert» die Support-Züri City Card im Portemonnaie Hunderter solidarischer Unterstützer*innen. Aber die Kraft, die von ihr ausgeht, ist lebendig, stark und zukunftsweisend. Im Namen der SPAZ und des Vereins Züri City Card danken wir Ihnen und allen solidarischen Stadtbürger*innen für die grosse Unterstützung!

Für den Vorstand: Ursula Kubicek

P.S. Ein Petitionsbogen «Eine Stadt – ein Ausweis für alle» liegt diesem Bulletin bei. Je mehr Unterzeichnende, umso stärker die Stimme der Zürcher*innen für die Züri City Card! Unterstützen Sie uns – mit Ihrer Unterschrift auf dem Bogen oder in unserer Online-Petition unter: www.zuericitycard.ch.

gen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass viele politische Alternativen sowohl in Europa als auch in der Schweiz primär auf lokaler Ebene entstanden sind. Experimente der Selbstregierung haben neue Handlungsspielräume eröffnet und konnten Machtstrukturen entlarven, räumlich verorten und sozial erfahrbar kritisieren.»

Die Bewohner*innen dieser Städte, wie z.B. Zürich, würden in ihrer Mehrheit eine offenere Migrationspolitik befürworten, haben aber auf der nationalstaatlichen Ebene in dieser Frage keinen entscheidenden Einfluss.

Stadt für Alle

Eine solche gemeinsame Alternative ist z.B. das Konzept der «inklusive Stadt» oder der Stadt für Alle. Dabei geht es um die Frage, was Städte beitragen können, damit sie zu einem Lebensraum mit und für alle Bewohner*innen werden, ohne Exklusion einzelner Gruppen oder Minderheiten und für eine gleichberechtigte politische Partizipation aller. Auch die Stadtpräsidentin Zürichs, Corinne Mauch, bekannte sich kürzlich im Tagblatt der Stadt Zürich zum Konzept der inklusiven Stadt, in der auch Sans-Papiers ihre Rechte uneingeschränkt durchsetzen können.

Das Thema Migration bietet sich in diesem Zusammenhang geradezu an: Die repressive und von Abwehr geprägte nationalstaatliche Migrationspolitik der Schweiz aber auch anderer europäischer Länder führt zu einer zunehmenden Irregularisierung der Migration; die Folgen davon sind vor allem in den Städten zu spüren. Die Bewohner*innen dieser Städte, wie z.B. Zürich, würden in ihrer Mehrheit eine offenere Migrationspolitik befürworten, haben aber auf der nationalstaatlichen Ebene in dieser Frage keinen entscheidenden Einfluss. Die Migrationsgesetzgebung liegt auf der Ebene des Bundes, die entsprechende Praxis (ausser beim Asylrecht) bei den Kantonen. Dies ist in anderen Ländern kaum anders.

Elf europäische Städte haben sich zur «Städteinitiative über Migrant*innen mit irregulärem Status in Europa» zusammengeschlossen um sich auszutauschen über Möglichkeiten, Sans-Papiers in eine inklusive Städtepolitik einzuschliessen. Die Stadt Zürich beteiligt sich nicht direkt daran, ist aber als angeschlossenes Mitglied darin

involviert. Dabei handelt es sich um eine auf zwei Jahre beschränkte Arbeitsgruppe, welche Möglichkeiten und «best practices» diskutiert, um Sans-Papiers in den Städten den vollumfänglichen Zugang zu den Grundrechten zu gewähren. Ein Schlussbericht dieser Arbeitsgruppe wird im Frühling 2019 vorliegen.

Solidarity City

Im Jahr 2016 hat sich ein Städteverband unter dem Namen «Solidarity Cities» gebildet, wo vor allem grosse europäische Hafenstädte vertreten sind und welcher hauptsächlich für eine Koordination der im Gründungsdokument benannten «Flüchtlingskrise» bemüht ist. Dieser Verband, dem auch Zürich angehört, hat eher symbolischen Charakter und bis anhin hauptsächlich Erklärungen formuliert. Daneben hat sich ein alternatives Städtenetzwerk «Solidarity City» gegründet, welches aus migrantischen, migrationspolitischen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Berlin, Köln, Frankfurt aber auch aus Bern und Zürich hervorgegangen ist. Dieses Städtenetzwerk bezieht sich vor allem auf die Praxis der «Sanctuary-Bewegung» in den USA, welche ursprünglich während der zentralamerikanischen Bürgerkriege aus kirchlichen Kreisen entstanden ist, um abgewiesene Asylsuchende aus diesen Bürgerkriegsländern vor einer Ausschaffung zu schützen. In Nordamerika gibt es mittlerweile mehr als 560 US-amerikanische und kanadische Städte, Bezirke und Bundesstaaten, die sich als «Zufluchtsorte» bezeichnen und irreguläre Migrant*innen und Geflüchtete vor den Zugriffen der Migrationsbehörden protegieren und in ihrem Territorium nicht nach Aufenthaltsstatus kontrollieren.

Noch weiter geht Palermo mit der «Charta von Palermo» wo die Abschaffung der Aufenthaltsbewilligung gefordert wird, die Verknüpfung politischer und bürgerlicher Rechte mit dem Wohnort sowie eine bedingungslose Gewährleistung des Rechts auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit.

Züri-City Card

Auf diese Praxis beruft sich auch der Verein «Züri City Card», der massgeblich von der SPAZ mitinitiiert worden ist. Dieser Verein hat nun eine Petition lanciert (siehe

Beilage), die die Einführung einer City Card für Zürich fordert. Nebst den nordamerikanischen Vorbildern, gelten vor allem Palermo und Barcelona als zukunftsweisende Modelle: In Barcelona können sich Sans-Papiers im Einwohner*innenregister eintragen. Damit soll ihnen ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Dienstleistungen der Stadt ermöglicht werden aber auch der Abschluss eines Mietvertrages oder die Eröffnung eines Bankkontos. Mit dem Eintrag ins Register erhalten die Sans-Papiers offiziell den Status «Nachbar*in». Noch weiter geht Palermo mit der «Charta von Palermo» wo die Abschaffung der Aufenthaltsbewilligung gefordert wird, die Verknüpfung politischer und bürgerlicher Rechte mit dem Wohnort sowie eine bedingungslose Gewährleistung des Rechts auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit.

Bea Schwager

» Mitrennen, sponsern

17. Lauf gegen Rassismus

Sponsoringlauf für die SPAZ und weitere Projekte in Zürich gegen Rassismus.

Sonntag, 16. September 2018. Bäckeranlage Zürich

www.laufgegenrassismus.ch



Fotomontage: Tresdelinquentes

«Sans-Papiers» in den Parlamenten

Das Thema Sans-Papiers war in den vergangenen Monaten sowohl in den gesamtschweizerischen Parlamenten, als auch im kantonalen und im kommunalen Parlament Zürichs präsent.

Im letzten Bulletin blickten wir noch sehr besorgt auf eine Motion der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates, welche für die Sans-Papiers sehr schwerwiegende Konsequenzen gehabt hätte: so hätten sich Sans-Papiers nicht mehr krankenversichern können und die Schulen wären gar zu einer Meldepflicht von Sans-Papiers Kindern gezwungen worden. Dieses Kapitel hat glücklicherweise eine positive Wende genommen; nachdem der Bundesrat und anschliessend die Staatspolitische Kommission (welche normalerweise für ausländerrechtliche Fragen zuständig ist) diese Motion zur Ablehnung empfahl und stattdessen mit einem Postulat forderte, dass die komplexe Thematik der Sans-Papiers in einem Bericht thematisiert werden solle. Dies ermöglichte es der Gesundheitskommission ohne Gesichtverlust ihre Motion zurückzuziehen, was sie gemacht hat, währenddem das letzte Bulletin im Druck war.

Auf kantonalzürcherischer Ebene beschäftigte sich der Kantonsrat über eine aus dem Jahr 2017 zurückliegende Interpellation von Michèle Dünki und Sibylle Marti (beide SP), welche eine Regularisierung der Sans-Papiers im Kanton Zürich analog der «Operation Papyrus» im Kanton Genf angedacht hatte. Die ablehnende Haltung des Regierungsrates Mario Fehr wurde breit kritisiert was dann sogar zu einem Eklat führte, weil Hans-Peter Amrein (SVP) eine Tirade auf tiefstem Niveau vom Stapel liess, worauf ihm durch die CVP Ratspräsidentin das Mikrophon abgestellt wurde.

Im stadtzürcherischen Parlament beschäftigen sich gleich zwei Motionen mit Anliegen zur Verbesserung der Situation von Sans-Papiers. Anfang November 2017 hatte die AL eine Motion im Gemeinderat eingereicht, welche einen erleichterten Zugang zum Gesundheitswesen für Migrant*innen ohne geregelten Aufenthaltsstatus fordert. In seiner Sitzung vom 23. Mai 2018

entschied der Stadtrat, dass er das Anliegen nur als unverbindlicheres Postulat entgegennehmen wolle. Der Gemeinderat entschied sich aber in einer deutlichen Mehrheit von 64 zu 54 Stimmen für die Überweisung als Motion und für die Dringlichkeit der Motion.

Am 11. Juli 2018 wurde eine Motion der Fraktionen SP, Grüne und AL eingereicht, welche die Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohner*innen (Züri City Card) fordert. Noch im August wird über die Dringlichkeit dieser Motion entschieden. Um dieser Forderung mehr Gewicht zu verleihen, hat der Verein Zürich City Card (dem auch die SPAZ angehört und diesen präsidiert) gleichzeitig eine Petition mit demselben Anliegen lanciert.

Bea Schwager



»» Im Fokus

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema der Sans-Papiers-Kinder und begegne fast täglich solchen in der SPAZ. Trotzdem hat mich kürzlich ein Roman, der sich eben mit diesem Thema beschäftigt zu Tränen gerührt und erschüttert. Es ist ein herzergreifender Roman über die Kinder von Saisoniers – im vorliegenden Fall aus Italien – die sich zeitweilig im Schrank verstecken mussten. Der Roman erzählt die Geschichte eines Kindes von Migrant*innen aus Italien, wie es unzählige davon gab vor dem Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit der EU. Die hier hart arbeitenden Migrant*innen hatten kein Recht auf Familiennachzug und mussten ihre Kinder heimlich und irregulär hierher holen, wenn sie mit ihnen zusammenleben wollten. Das Kind im Roman erlebt die Welt wie eine Eidechse, immer auf der Hut, immer bereit zu flüchten, sich wendig zu verstecken.

Das Saisonierstatut wurde im Jahr 2002 abgeschafft. Seit dem Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit ist es für EU-Staatsangehörige einfacher, die Ehepartner*innen und die Kinder nachzuziehen (wenn die Bedingungen wie genügend grosses Einkommen und Unterkunft dazu erfüllt sind). Dies gilt aber nicht für die sogenannten Drittstaatsangehörigen. Deren Kinder und erst recht die Kinder von Sans-Papiers sind sehr häufig nach wie vor gezwungen in der Schweiz als «Eidechsen» zu leben.

Vincenzo Todisco: Das Eidechsenkind. Edition Blau, Rotpunktverlag Zürich, 2018



Bea Schwager, Leiterin der Anlaufstelle

Verantwortung übernehmen

Remo Landolt leistet seit Anfang 2018 seinen befristeten Zivildiensteinsatz in der SPAZ bis Ende November 2018.



innen nie identisch sind: Dazu gehören etwa persönliche Beratungen, das Verfassen von rechtlichen Gesuchen oder allgemein Hilfestellungen im Umgang mit Behörden oder Institutionen. Eher selten aber speziell hervorheben möchte ich die persönlichen Begleitungen zu Wohnungsübergaben, zu einem Gerichtstermin oder auch in eine Botschaft. Durch diese Erlebnisse durfte ich einen noch tieferen Einblick ins Leben und Schicksal der einzelnen Personen erhalten, was für mich eine enorme Bereicherung darstellt.

Die SPAZ setzt sich aber auch auf gesellschaftlicher und politischer Ebene ein, indem sie einen wertvollen Beitrag zur Sensibilisierung der Thematik rund um Sans-

Papiers leistet. Es ist beeindruckend, wie das ganze Team und viele freiwillige Helfer*innen solidarisch und unermüdlich sich für das Wohl und die Grundrechte der Sans-Papiers einsetzen. Ich bin überzeugt, dass diejenigen Personen, die den Weg in die SPAZ finden und schon gefunden haben, hier auch in Zukunft bestens aufgehoben sind.

Remo Landolt

Wir danken Remo Landolt sehr herzlich für seinen engagierten Einsatz in der SPAZ.

»» Kurznews

Mit Abschluss meines Rechtsstudiums war es mir ein Anliegen, so rasch wie möglich in die juristische Praxis einzusteigen. Die SPAZ ermöglichte mir diesen Einstieg. Seit rund einem halben Jahr bin ich nun Mitarbeitender in der Anlaufstelle und bin nach wie vor fasziniert von der Wichtigkeit der hier geleisteten Tätigkeiten.

An der täglichen Arbeit in der SPAZ beeindruckt mich insbesondere, dass die Bedürfnisse der ratsuchenden Sans-Papiers – seien sie noch so unterschiedlich – tatsächlich im Zentrum stehen. Auch in hektischen Situationen wird kein Aufwand gescheut auf die einzelnen Menschen einzugehen und sie bestmöglich zu beraten. Natürlich gelingt es nicht immer eine Lösung im konkreten Einzelfall zu finden. Das kann dann schon mal frustrierend sein.

Meine Aufgaben sind reich an Vielfältigkeit und Abwechslung, da die sozialen und rechtlichen Probleme unserer Klient*innen

Benefizabend zum Ersten: Knuth & Tucek spielen barbarische Musik.

Sie sind bitterböse, zuckersüss, atemberaubend und Spezialistinnen für Gänsehaut: Das Kabarettistinnenduo Knuth und Tucek spielt ein eigens für diesen solidarischen Liederabend zusammengestelltes Programm. Ihre hinter sinnige Liedlinien umschmeicheln inhaltsfunkelnde Textkaskaden, sprühender Geist bewässert wunderliche Wortfelder – alles hausgemacht und handgeschöpft – Bühnenkunst der unbeschreiblichen Art! Sonntag, 7. Oktober 2018 um 19 Uhr in der Kirche Offener St. Jakob, Zürich. Der Erlös kommt vollumfänglich der SPAZ zugute.

Benefizabend zum Zweiten: Serej spielt Mani Matter. Für den zweiten solidarischen Liederabend konnten wir Serej aus Bern gewinnen. Der Rapper, der vielen von der Kult-Formationen Wurzel 5 und Chlyklass bekannt ist, tritt seit kurzem mit einem eigenen Programm auf – nicht aber als Rapper sondern am Klavier mit Mani-Matter-Covers und eigenen Mundartlieder. Unterhaltsam ist Serej auch zwischen den Songs und ab und zu kriegt so ein Mani Matter Song plötzlich eine neue Strophe, oder eine Alternativ-Pointe. Genau hinhören lohnt sich. Sonntag, 9. Dezember 2018 um 19 Uhr in der Kirche Offener St. Jakob, Zürich. Der Erlös kommt vollumfänglich der SPAZ zugute.

Sans-Papiers Mundart-Hörspiel. Das vom Radio SRF produzierte Hörspiel «Ezad und Luca» zu dem die SPAZ beigetragen hatte und welches nach der Ausstrahlung im Radio für den CIVIS Medienpreis 2018 nominiert worden ist, gibt es neu als CD im Zytglogge Verlag. Für Kinder von 8 bis 12 Jahren.

spaz
Sans-Papiers
Anlaufstelle Zürich

SPAZ Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich
Kalkbreitestrasse 8
8003 Zürich
T: 043 960 87 77

zuerich@sans-papiers.ch
www.sans-papiers.ch/zuerich
PC 85-482137-7
IBAN: CH70 0900 0000 8548 2137 7

Beratungszeiten:

Dienstag 15–18 Uhr
Mittwoch 13–16 Uhr